

Harzer Westfenne

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn bei Selbstabholung 50 Pfennig, Gehaltend höchstens 10 Pfennig und zwar mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt u. Wirtschaft: Kurt Wollenkamp, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Stellame u. Inserate Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigepreis bei nächstgelegener Annoncenstelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restansatz 40 Pfennig, ansonsten 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2318), Postfach 100 Wabeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigenwald) Wernigerode, Burgstraße 31.

Nr. 142

Montag, den 22. Juni 1931

6. Jahrgang

Amerika will helfen.

Ein Jahr keine Reparationen. — Ab 1. Juli Schulden-Moratorium. — Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den beteiligten europäischen Mächten vorgeschlagen, Deutschland ab 1. Juli einen einjährigen Aufschub aller Reparationszahlungen zu gewähren. — Unter dieser Bedingung erklärt sich Amerika bereit, für die gleiche Frist die ihm geschuldeten Zahlungen auch zu stunden.

Hoovers Botschaft.



Präsident Hoover.

Washington, 21. Juni. (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Staatspräsident hat den Vertretern der in Washington befindlichen ausländischen Missionen zum internationalen Schulden- und Reparationsproblem eine Erklärung übergeben, in der er einen einjährigen

Zahlungsaufschub für alle interalliierten Schulden vorschlägt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbaukosten vor, und zwar

insoweit bezüglich des Kapitals sowie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privat Händen befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahres

unter der Bedingung, daß die wichtigsten Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben.

Dieser Schritt ist von folgenden Senatoren bereits gebilligt worden: Alford, Bingham, Borah, Burnes, Capper, Deb, Fletcher, Glass, Harries, Harrihan, Hull, King, Morrow, Moses, Reed, Swanton, Vandenberg, Wagner, Davis, Walsh, Thomas, Walsh, Watson, ebenso von 18 Mitgliedern des Repräsentantenhauses. Er wurde ferner gebilligt von dem Botschafter Dawes und Owen D. Young.

Zweck dieses Schrittes ist, das kommende Jahr der wirtschaftlichen Erholung der Welt zu widmen und die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die bereits am Wiederaufbau arbeiten, von den von außen kommenden verzögernden Faktoren zu befreien.

Die über die ganze Welt verbreitete Depression hat die europäischen Staaten mehr in Mitleidenschaft gezogen als uns. Einige jener Staaten fühlen die Verminderung ihrer wirtschaftlichen Stabilität durch diese Depression in ernstem Maße. Das Gewicht der Regierungsschulden, das in normalen Zeiten tragbar wäre, drückt inmitten dieser Depression schwer auf die Wälder.

Aus einer Reihe von Gründen, die aus der Depression resultieren, beispielsweise der Preissturz fremder Waren und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität im Ausland, begann eine

anomale Zuwanderung von Gold nach den Vereinigten Staaten, wodurch die Kreditfähigkeit vieler fremder Staaten vermindert wurde. Diese und andere Schwierigkeiten im Ausland verringerten die Kaufkraft für unsere Exportwaren und sind daher im gewissen Umfang Schuld an unserer fortwährenden Handelsbilanzdefizite. Reichhaltige niedrigen Preisen für unsere Farmprodukte. Reichhaltige Maßnahmen sind daher gefordert, um den Druck dieser ungünstigen Faktoren zu mindern und dadurch den politischen Frieden und die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern. Die Autorität des Präsidenten der Vereinigten Staaten bezüglich der Lösung dieser Probleme ist begrenzt, da er hierin vom Kongress unterstützt werden muß. Dem Präsidenten ist von führenden Mitgliedern beider Häuser des Kongresses herliche Unterstützung zugesichert worden.

Der Kern des Vorschlages ist, den Schuldner Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität zu geben, und ich richte an die Amerikaner den Rat, in ihrem eigenen Interesse gute Gläubiger und gute Nachbarn zu sein.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benutzen, meine Ansicht über unsere Stellungnahme zu den deutschen Reparationen und den von den europäischen alliierten Regierungen geschuldeten Summen offen zu äußern: unsere Regierung hat sich nicht an der Auferlegung der Reparationen beteiligt noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Absicht keinen Anteil gehabt an den allgemeinsten Reparationen oder an der Aufteilung von Kolonien oder Privatvermögen.

Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und für Wiederaufbauzwecke gewährten, wurde auf einer Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendwie zusammenhängt noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde.

Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich hätte nicht im entferntesten die Erwartung der uns geschuldeten Summen. Das Weltvertrauen würde durch einen derartigen Schritt nicht gefährdet werden. Keiner unserer Schuldner hat das je vorgeschlagen, aber da die Basis der Forderung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent unsere eigenen Prinzipien durch, wenn wir die gegenwärtigen unnormalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen. Ich bin davon überzeugt, daß das amerikanische Volk nicht den Wunsch hat, den Versuch zu machen, vom Schuldner mehr herauszubekommen, als er zahlen kann, und meiner Ansicht nach verlangt eine wirtschaftliche Politik, daß unsere Regierung die gegenwärtige Situation in ihrer Realität anerkennt. Diese Haltung entspricht vollkommen unserer bisher befolgten Politik. Wir werden dadurch nicht in die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen, wir wollen lediglich unsere Bereitschaft ausdrücken, zur baldigen Erholung der Welt beizutragen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß wir, obgleich dieser Schritt mit der für nächsten Februar angelegten Konferenz zur

Beschränkung der Landrührungen nichts zu tun hat, doch die Hoffnung haben, angelegentlich des harten Einflusses des Betriffsans auf die gegenwärtige Depression werde unser Schritt zu freundschaftlicheren Beziehungen beitragen, die für die Lösung dieser wichtigen Rüstungsfrage so notwendig sind.

Hindenburg an Hoover.

Der Erklärung Hoovers ging ein längeres Briefteleogramm des Reichspräsidenten an den amerikanischen Staatspräsidenten voraus, das am Sonnabendabend verfaßt, dann mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin durchgesprochen und in der Nacht zum Sonntag nach Washington übermittelt wurde. In diesem Briefteleogramm wird die Not Deutschlands eingehend geschildert, auf die drohenden Gefahren der gegenwärtigen Lage hingewiesen und schließlich um Hilfe ersucht. Dieses Briefteleogramm lag zunächst in zwei Fassungen vor. Es wurde übermittelt auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Regierung und abgelehnt, nachdem die Erklärung Hoovers bereits feststand und das Auswärtige Amt in Berlin über seinen Inhalt bereits informiert worden war.

Zustimmung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat der Botschaft des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover bereits offiziell zugestimmt. Von England und Italien ist in diesen Tagen ein gleicher Schritt zu erwarten. Frankreich nimmt zunächst noch eine mehr problematische Haltung ein. Aber schließlich dürfte auch die französische Regierung der Botschaft zustimmen.

Die Reichsregierung hat der überraschenden Botschaft, wie wir regierungsfremd erfahren, wegen der durch sie ermöglichten Erleichterungen und der Einlösung Amerikas in die Weltwirtschaftskrise freudig zugestimmt. Ein Jahr des Zahlungsaufschubs ist bereits eine ungeheure Erleichterung. Nichts ist der Reichs-

Zurück zur Vernunft!

Die Auswirkung des Hoover-Planes.

Durch das deutsche Volk geht ein Aufatmen der Erleichterung, denn die Botschaft des Präsidenten Hoover eröffnet ihm Ausblicke, auf die es in den letzten Tagen nicht mehr zu hoffen gewagt hat. Dabei war es sich sicher nicht in allen Teilen des ganzen Erntes der Situation bewußt, in der sich Deutschland befand. Das Wort von der Katastrophe, vor der wir standen, wurde eigentlich nur im engen Kreise der Eingeweihten gebraucht und man ließ es nicht über die Wände der Beratungskammern hinausdringen, um den Ausbruch einer allgemeinen Panik aus wirtschaftlichen und politischen Gründen solange als möglich zu verhindern.

Diese Katastrophe hätte sich in ihren Folgen nicht auf Deutschland beschränkt. Sie würde Europa und die Welt mit in ihren Strudel hineingreifen haben, und das ist der Grund, aus dem sich der Präsident der Vereinigten Staaten zu seinem rettenden Schritt entschlossen hat. Er spricht es in seiner Proklamationsleser aus, und schon vor ihm haben andere hochgewertete Stimmen in Amerika sich ähnlich vernommen lassen. Jetzt hat die wirtschaftspolitische Vernunft einen Sieg davongetragen und wir dürfen hoffen, daß die Erkenntnis, zu der sich Hoover unter der nicht hoch genug zu schätzenden Mitwirkung der englischen Arbeiterregierung durchgerungen hat, von den verfassungsmäßig zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten geteilt und gebilligt wird.

Amerika magt den Vorschlag, die Zahlung aller internationaler Regierungsschulden (Zinsen und Zinsen) auf ein Jahr einzustellen. Das würde bedeuten, daß es selbst für diese Zeit keine europäischen Schuldner von ihren Verpflichtungen entbindet, wenn diese auf die deutschen Reparationsleistungen verzichten. Amerika muß sich auf diesen Vorschlag beschränken, denn es kann nicht unmittelbar in das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Gläubigern eingreifen, wenn Hoover auch deutlich genug an der Politik der europäischen Siegerstaaten Kritik übt; aber wir dürfen wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß die beteiligten europäischen Regierungen verständlich genug sein werden, dem Vorschlag beizutreten und daß namentlich Frankreich nicht die Notwendigkeiten der Stunde verkümmert.

In Frankreich werden nämlich noch besondere Anstrengungen gestellt: Der Vorschlag des Präsidenten Hoover muß von den anderen Mächten angenommen werden, und er ist an Bedingungen

geknüpft, die einigen dieser Mächte größere Verzicht aufzulegen als Amerika seinerseits tragen will. Während die USA nämlich nur rund 3 Milliarden Mark jährlich von ihren Schuldner zu empfangen haben, betragen die deutschen Reparationen 17 Milliarden. Der Präsident verlangt jedoch, daß die wichtigsten Gläubiger „alle ihnen geschuldeten Zahlungen“ für ein Jahr aufschieben. Dies würde bedeuten, daß zum Beispiel Frankreich und 400 Millionen Mark mehr fänden müßte, als ihm selbst gestundet werden. Diplomatische Verhandlungen über diesen Punkt werden nicht ausbleiben können.

Wenn hoffentlich alles glatt verläuft, würde Deutschland für das gegenwärtige Haushaltsjahr eine

Erleichterung von rund 1500 Millionen erfahren, das wohlgerne nicht nur der nach dem Young-Plan gefällte, sondern auch der ungeschätzte Zeit der Annuitäten gekündet werden sollte. Das wäre zunächst eine beträchtliche Entlastung unseres Haushaltes und es wäre hinzu, daß in dem Feiertags-Maße gegeben wäre, um die

Neuregelung des Reparationsproblems international zu erörtern.

Daß der Young-Plan, so wie er ist, am 1. Juli 1932 wieder in Funktion treten könnte, wird wohl niemand annehmen.

Aber auch wenn Hoovers Vorschlag verwirklicht sein wird, bleibt unverändert und bedrohlich wie je die Schicksalsfrage vor uns stehen: was denn aus eigenen deutschen Kräften und aus eigenem Entschluß unternommen werden soll, um das Steuer einer total wirtschaftlichen, selbstmörderischen Wirtschaftspolitik herumzubrechen und den brackigenden Maschinen Weltkrise, den sterbenden Händen Arbeit und dem unglücklichen Weltbürgerlitz Sättigung zu bringen. Mit Hoover wie ohne Hoover werden wir es selbst schaffen müssen. So, die Washingtoner Aktion könnte sogar zum großen Unglück für Deutschland werden, wenn sie die Gemüter einludt und ihnen suggeriert, jetzt werde schon wieder alles von selbst ins Geleise kommen. Nichts geschieht zu dieser „Lullia“!

Im Zusammenhang mit der Aktion des amerikanischen Präsidenten muß die Provisorienabmachung mit ihren wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen möglichst bald einer Korrektur unterworfen werden.

regierung durch die Annahme des Vorschlages des amerikanischen Präsidenten verbaut. Die Folge des Vorschlages ist eine ganze Anzahl von Verhandlungen. Einem hervorragenden Anteil an der Vorbereitung habe vor allem der amerikanisch-Botschafter in Berlin, aber auch die Reichsregierung ihre Politik und durch Vorstellungen bei den an dem Reparationsproblem interessierten Staaten an der Ausführung des Problems mitgeteilt.

Die Frage der Sachleistungen wird in der Erklärung Hoovers weder direkt noch indirekt angesprochen. Man ist jedoch in Berliner Regierungskreisen der Auffassung, daß diese Frage im Zusammenhang mit den finanziellen Problemen behandelt werden muß.

Zusammenhang in Amerika.

Washington, 22. Juni. (E. F.) Der Vorschlag des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover auf Einführung eines Frierjahres in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis zu dem gleichen Termin 1932 wird hier zum Teil begeistert aufgenommen. Dem Hauptwert des Vorschlages betrachtet man zunächst in seinen psychologischen Auswirkungen auf Europa und dem Anreiz zur Verbesserung der Wirtschaftslage. Zugleich wird allgemein Hoovers Auffassung hervorgehoben, nach der an den Schuldvereinbarungen nicht zu rütteln ist. Rücksichtsvollere mehrten sich die warnenden Stimmen, die einen nur einjährigen Zahlungsaufschub als nicht ausreichend und unzulässige Verzögerung der Schuldentilgung bezeichnen. Ferner ist man hier überzeugt, daß der Vorschlag trotz anfänglicher Schwierigkeiten von allen in Frage kommenden Regierungen angenommen wird. Von dem Termin dieser Annahme hängt der Zusammentritt des Bundestagess zur Billigung der Vorschläge Hoovers bzw. der von den einzelnen Regierungen zu beschließenden Ausführungsbestimmungen zusammen. Ein großer Teil der Kongressmitglieder hat sich bereits für den Vorschlag geäußert. Es hat jedoch auch zahlreiche Gegner.

Hoover lehnt Gegenorschläge ab.

New York, 22. Juni. (Telunion). Nach aus Washington vorliegenden Berichten sind Verhandlungen über die Verwirklichung des Hoover'schen Vorschlages bereits im Gange, jedoch ist noch unklar, wie die amerikanische Anregung verwirklicht werden sollte.

Es scheint festzuhalten, daß Hoover energisch etwaige Gegenorschläge interessierter Regierungen ablehnen wird. Insbesondere wären Bemühungen auf Ausdehnung des Zahlungsaufschubs auf einen größeren Zeitraum vom Scheitern verurteilt. In politischen Kreisen werden einige Befürchtungen über die Haltung Frankreichs laut, da man glaubt, daß die Pariser Regierung versuchen werde, einen gewissen Teil deutscher Erbkülforderungen vom Zahlungsaufschub auszunehmen. Andererseits aber geben maßgebende Politiker der Meinung Ausdruck, daß Frankreich unter dem Druck der Weltmeinung geneigter sein werde, den Hoover'schen Vorschlag bedingungslos anzunehmen.

Die Berichte, daß die Federal Reserve Bank der Reichsbank einen Verleihenstredit von 300 Millionen Dollar einräume, erboten sich weit. Von Hoover nahestehenden Kreisen wird jedoch versichert, daß eine Regierungsanleihe selbstverständlich nicht in Frage komme, jedoch würde die Regierung gegen die Kreditgewährung der Federal Reserve Bank nichts einzuwenden haben.

Einigungen in Frankreich.

Paris, 22. Juni. (E. F.) Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur verbreitet zur Vorschlag Hoovers folgende Mitteilung: An autorisierten französischen Kreisen weiß man die Bedeutung und die Höflichkeit der Schritte der Vereinigten Staaten wohl zu schätzen, betont aber die Notwendigkeit, den Moratoriumsplan mit dem Youngplan in Einklang zu bringen. (Frankreich meint damit, daß es von Deutschland ca. 400 Millionen Mark mehr zu bekommen hat, als es in Amerika abbleibt.) Ein Meinungsaustrag hierüber würde zwischen den verschiedenen Regierungen vor dem Ort. Zusammentritt einer internationalen Konferenz, für die gegenwärtig noch kein Zeitpunkt festgelegt werden kann, stattfinden müssen.

Die französische Presse gegen den Plan.

Paris, 22. Juni. (E. F.) Der Vorschlag Hoovers, sämtliche Staatsgütern und Reparationszahlungen für ein Jahr zu suspendieren, hat in Paris wie eine Bombe eingeschlagen, da er nach den letzten Erklärungen des amerikanischen Präsidenten vollkommen unermarbt kam.

Die französische Presse bezeichnet den Vorschlag allgemein als eine schändliche Geste und begründet es, daß Amerika endlich aus seiner Isolierung heraustritt. Aber sie lehnen ihn fast alle gemeinsam ab, da von den europäischen Staaten Frankreich fast allein die Kosten zu tragen hätte, und da der Vorschlag des Prinzip der Unantastbarkeit der bedingungslos zu zahlenden Youngplanziffern durchbreche. Auf diese Weise würde der Youngplan, der endgültigen Charakter haben sollte, allmählich unterminiert werden. An Ziffern ausgedrückt würde in den französischen Budget unter Berücksichtigung des Fortfalls der Schuldentilgungen an England und Amerika ein Loch von 2½ Milliarden Franc gerissen werden. Der „Matin“ weist darauf hin, daß Frankreich außerdem nicht einmal einen politischen Vorteil von diesem Opfer haben würde, denn Deutschland werde sagen, daß das Scheitern für den Vorschlag allein Amerika zukomme und daß Frankreich gemungen worden sei, hinter Amerika zu marschieren. Schließlich werde es sehr schwierig sein, nach einem Jahr die Zahlungen wieder aufzunehmen. Das „Echo de Paris“ bespricht sich darüber, daß Frankreich nicht vorher befragt und ihm der Vorschlag wie ein Geschenk an den Kopf geworfen wurde. Selbst die radikale „Cere Nouvelle“ erklärt, daß die amerikanische Initiative für Frankreich unannehmbar sei.

Die radikale „Matin“ und des Gemerkschaftsorgan „Le Peuple“ treten für den Vorschlag Hoovers ein, ohne sich jedoch über die finanziellen Folgen für Frankreich zu äußern. Die Regierung hat zu der Initiative Hoovers noch nicht offiziell Stellung genommen. Das wird erst in einem am Dienstag stattfindenden Ministerrat geschehen. Ein besonders qualifiziertes Regierungsmitglied hat einem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ erklärt: „Amerika kann nicht verlangen, daß der Sanierungsversuch der deutschen Finanzen mit einer Operation unternommen wird, aus der allein Deutschland zum Schaden Frankreichs und der mittel-europäischen Länder, die ihr Vertrauen in Frankreich gesetzt haben, Nutzen ziehen würde.“

Der Finanzminister hat am Sonntagmorgen mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich über den amerikanischen Vorschlag beraten.

Macdonalds Meinung.

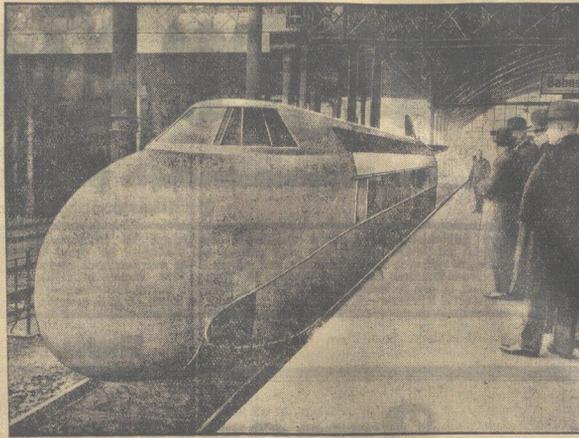
London, 22. Juni. (E. F.) Der englische Ministerpräsident erklärte gegenüber Pressevertretern, nach seiner Meinung über die Vorschlag Hoovers befragt, daß er an dem Reparationsproblem während der letzten 14 Tagen ununterbrochen gearbeitet habe und er deshalb gerne etwas darüber sagen würde. Über angelegte der Möglichkeit, daß er sich schon in den nächsten Tagen mit der diplomatischen Seite der Sache zu befassen haben werde, und mit ge-

Der Schienenzeppelin Hamburg-Berlin in 1 1/2 Stunden!

Der Schienenzeppelin, der am Sonntag nachmittags um 3:27 Uhr in Beverstedt bei Hamburg seine Fahrt nach Zwanbau antrat, ist kurz nach 5 Uhr an seinem Ziele angelangt. Die 276 Kilometer lange Strecke wurde in einer Stunde 44 Minuten zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 170 Kilometer, die Höchstgeschwindigkeit 230 Kilometer. Bei der Höchstgeschwindigkeit entfielen die Maschine 600 PS. Der Brennstoffverbrauch betrug genau 183 Liter, also 70 Liter für 100 Kilometer.

Der Schienenzeppelin wurde überall von Neugierigen erwartet und freudig begrüßt. Auf der medienburgischen Strecke waren für den Schienenzeppelin, den „Schnellen Blitz“, wie ihn der Volksmund inzwischen genannt hat, die schwierigsten Hindernisse in der Form von zahlreichen Kurven zu überwinden. In den Kurven wurden zwischen 80 und 150 Kilometer gefahren.

Der Erfinder, Dr. Krudenberg, war von der Fahrt begeistert. Ingenieur Siebelitz berichtete, daß alles wie am Schnitzmesser gelaufen hätte. Er habe unterwegs ein Flugzeug im Anflug von Hamburg aus beobachtet, als jedoch die großen Geschwindigkeit erreicht wurden, hätte das Flugzeug nicht mehr folgen können. Auch die größte Geschwindigkeit war immer ausgezeichnet. Jeder einzelne Kilometer konnte abgelesen werden. Bei der Höchstgeschwindigkeit entfielen die Maschine ihre höchstmögliche Leistung von 600 PS. Der Brennstoffverbrauch von Berlin bis Hamburg betrug genau 183 Liter, das sind 70 Liter für 100 Kilometer, also ungefähr das Doppelte dessen, was



ein starker Kraftwagen verbraucht. Demgegenüber aber würde der Kraftwagen mit nur etwa 60 bis 70 Stundenkilometern fahren und höchstens vier oder sechs Personen befördern können, während der Schienenzeppelin durchschnittlich mit 100 Kilometer Geschwindigkeit fährt und dabei 24 Personen — im Staffal aber 40 Personen — befördern kann. Der Erbauer des Wagens ist davon überzeugt, daß sich der Wagen auch als Verkehrsmittel für kleine Postleistungen sehr gut eignet.

wissen Mächten Verhandlungen werde führen müssen, sei zunächst von seiner Seite aus Zurückhaltung geboten. Es wird hier allgemein angenommen, daß eine der „großen Mächte“ Frankreich ist.

Buresch statt Seipel.



Dr. Buresch.

bisherer Landesheuptmann von Niederösterreich, wurde nach dem Scheitern der Bemühungen Dr. Seipels mit der Bildung des neuen österreichischen Kabinetts beauftragt.

Dr. Buresch ist es abends nach kurzen Besprechungen mit den Mehrheitsparteien gelungen, eine Regierung zusammenzubringen. Seinem Kabinetts gehört als Vizekanzler und Minister des Inneren Dr. Schöberl an. Finanzminister wird Buresch selbst, der bisherige Professor für Verwaltungsrecht an der Universität war und zugleich an der amerikanischen Hoard-Universität tätig ist. Reichlich war im letzten Parlament des kaiserlichen Österreich Abgeordneter und war bereits früher Minister. Im übrigen legt sich das Kabinetts, bis auf den Justizminister, wie die Regierung Ender zusammen. Das Justizministerium sollen die Großdeutschen belegen.

Seipel, der am Vormittag mit seinem Auftrag zur Neubildung der Regierung endgültig scheiterte, hatte u. a. die Ansicht, daß Außenministerium selbst zu übernehmen. Angesichts dieser Erklärung lehnten die Landbühnen weitere Verhandlungen ab. Seipel gab daraufhin seinen Auftrag zurück.

Die sozialdemokratische „Wiener Arbeiterzeitung“ sieht in dem Scheitern der Mission Seipels eine wichtige Etappe zur Auflösung der christlich-sozialen Herrschaft in Österreich und einen unumkehrbaren Schritt vorwärts zur Schaffung der Voraussetzungen zu einer Regierung unter Einfluss der Sozialdemokratie. Die Zeit der kapitalistischen Welt-herrschaft gehe auch in Österreich ihrem Ende entgegen.

Seeckt kommentiert Seeckt.

Paris, 21. Juni. In einem Interview, das er dem Vertreter des „Journal“ gewährte, sucht General von Seeckt die verhängnisvollen Folgen seiner „Ausrichtung“-Arbeit zu erklären. Er ist grundsätzlich, daß er die Frage an Frankreich richtet, warum es eigentlich so sehr gegen eine Reichsregierung in Deutschland sei. Auch eine Reichsregierung könne doch nur die Linie der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik fortsetzen.

Es ist unbegreiflich, wie der General sich von solchen Erklärungen Wirkung versprechen kann, da die deutsche Rechte in Deutschland selbst doch unangenehm behauptet. Niemand in Frankreich wird glauben, daß man das deutsche Volk wissenschaftlich befragt; und noch weniger wird man von Paris, die sogar das eigene Volk befragen, annehmen, daß sie gerade dem Zustand die Wahrheit sagen.

Weiterhin bemühte sich Seeckt, darzutun, der „Stahlschmelze“ sei nur gegen innerdeutsche „Anarchie“ gerichtet; der Stahlhelm sei außerpolitisch überhaupt desinteressiert; und ebenfalls nur zum Schutz gegen den inneren Feind müsse die Reichswehr mindestens 200.000 Mann stark sein.

Man vergleiche, aus welchen Gründen der General in München die Freeresortierung als notwendig bezeichnet, — und frage sich, was Frankreich von solcher Doppeltätigkeit denken soll.

Braunhäusler im Franzenland.

Sie fügen sich.

Braunschweig, 22. Juni. (E. F.) In Sandersheim drangen Nationalsozialisten am Sonntagabend bis zum Stadtquartier des Reichsbanners ein. Als der Wirt die Herausgabe von Zigaretten verweigerte, zogen die Rumpfs Schlagwerkzeuge hervor und schlugen auf die im Lokal anwesenden Gäste, in der Hauptfrage Reichsbannerleute, wie besessen ein. Es gelang den Anfalls schließlich, die Eindringlinge auf die Straße zu drängen, wo die Schlägerei ihren Fortgang nahm. Die Opfer sind 6 Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte. Unter ihnen befindet sich der Chauffeur eines Wagens, ein Reichsbannermitglied, der durch zahlreiche Messerstiche furchtbar zugerichtet wurde, und in hoffnungslosem Zustand darniederliegt.

Vor diesem Zwischenfall leisteten sich die Nationalsozialisten auch in Ditterhausen im Kreis Sandersheim gemeinsame Sache gegen das Reichsbanner. Hier, wo am vorkleinen Sonntag mehrere jugendliche Arbeiter von Nationalsozialisten niedergebügelt und mißhandelt wurden, waren zum Protest etwa 600 Personen, Mitglieder des Reichsbanners, der SPD, und der Gewerkschaften amtierend. Als der Demonstrationzug das Haus eines Landwirts namens Weiß passierte, haben Reichsbannermitglieder den Sohn dieses Landwirts mit einem Revolver im Anschlag. Im nächsten Augenblick hatten bereits die ersten Schüsse, ohne daß jedoch Opfer zu beklagen gemeldet wären. Insgesamt wurden 12 Schüsse abgegeben. Außer von dem Sohn des Landwirts wurde auch noch von anderer Seite geschossen. Nur dem Dawigshausen der Reichsbannerführer ist es zu verdanken, daß die feigen Schießenden von der erregten Menge nicht getötet wurden. Folgte man, wie in der letzten Zeit immer wieder, auch während des Vorfalls in Ditterhausen, nicht zu sehen.

Eine Weltwirtschaftskonferenz.

London, 22. Juni. (Telunion). Als Ergebnis des Beschlusses von Mellon glaubt man in London sehr, was „Sunday Times“ meldet, daß die Möglichkeit einer Weltwirtschaftskonferenz wesentlich näher gerückt ist, als man nach vor Mellon's Bescheid angenommen habe. Es sei ein offenes Geheimnis, daß die Besprechungen in Chequers sich mit dieser Möglichkeit befaßt hätten. Zur Zeit frage man sich, ob die Frage der Wirtschaftskonferenz schon so weit gelöst sei, daß Sonderlich die Angelegenheit mit Irland während dieses Beschlusses zur Kolonialausstellung erörtern könne.

Wahlen in Bulgarien.

Niederlage der Regierungsoalition.

Sofia, 22. Juni. (E. F.) Die Regierungsoalition erlitt nach dem schon vorliegenden Ergebnissen bei den am Sonntag stattgefundenen Parlamentswahlen eine unerwartete verheerende Niederlage. Von den bisherigen Kammermitgliedern verlor sie trotz des großen Terrors nur knapp ein Drittel zu retten, während der oppositionelle Wahlblock um den Demokratenführer Malinow seine Mandatszahl verdoppeln und die absolute Mehrheit erringen konnte. Auch die Kommunisten verzeichnete beachtliche Erfolge. Die Sozialisten dürften 5 Sitze erhalten statt bisher 2. Aus allen Bezirken werden größere, zum Teil blutige Zwischenfälle gemeldet. So weit bisher bekannt, haben sie an Opfern 2 Tote und 10 lebensgefährlich Verletzte gefordert.

50 Jahre weltliche Schule in Frankreich.

Paris, 20. Juni. (Eig. Draht). An der Großen Pariser Oper fand am Sonntagabend in Anwesenheit des Präsidenten der Republik anlässlich des 50jährigen Bestehens der weltlichen Schule in Frankreich und des 100jährigen Geburtsjahres seines Gründers, Jules Ferry, ein Festakt statt. Die Festrede hielt Unterrichtsminister Rouffan.

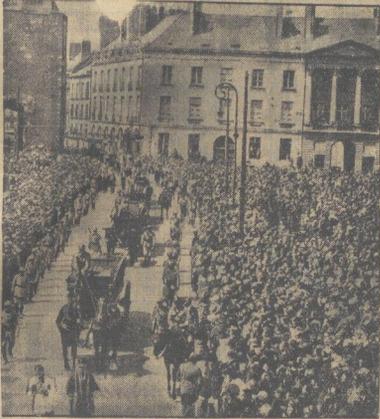
In der Festansprache fanden am Sonntagabend bis in den frühen Morgen hinein Besprechungen über das Reparationsproblem statt. Im Anschluß daran wurden Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin geführt.

Schlagverbot in Braunschweig. Am Landtag wurde heute das Verbot des Schießens von Tieren angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1931 in Kraft. Danach darf das Schloßchen fränkisches Wildes nur nach vorheriger Bewilligung erfolgen.

„Nautilus“ in Seenot. Das für die Polarforschung besonders hergerichtete U-Boot „Nautilus“ ist 200 Meilen westlich von Island in Seenot geraten. Die Kommandobehörde wurde von b. See land ausgeflogen, der Bootsführer schwer verletzt. Das amerikanische Eisbrecher „Byrd“, das den Rettungsversuchen „Nautilus“ im Schleppe hat, teilt mit, daß eine Reparatur seiner Maschinen unterweges unmöglich sei.

Aus aller Welt

Die Befreiung von 77 Todesopfern der französischen Dampferkatastrophe.



Der Trauerzug auf dem Wege zur Kathedrale in Nantes. 77 Todesopfer der grauenhaften Dampferkatastrophe bei St. Nazaire wurden unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in Nantes zur letzten Ruhe bestattet. Mehr als 400 weitere Opfer müßten noch beerdigt werden.

Das Meer ist leer.

Berlin, 20. Juni. (Eig. Drahtber.) Drei Dampfer mit mehreren Tauchern an Bord haben sich am Sonntag von St. Nazaire nach der Stelle begeben, an der der Dampfer „St. Hubert“ untergegangen ist. Da das Wasser ruhig war, konnten die Taucher mehrere Male auf das Wrack niedergelassen werden. Sie haben das Schiff durchsucht, aber keine Leiche mehr entdeckt. Durch den heftigen Seegang an den letzten beiden Tagen sind, wie die Taucher feststellten, alle Türen und Fenster aus dem Schiff herausgerissen worden. Es wird deshalb angenommen, daß die Leichen von der Strömung fortgespült worden sind.

Straube sagt aus.

Im Dünaburger Scheun-Prozess

wurde Sonntagabend der Hauptangeklagte, Direktor Straube, vernommen. Straube gab eine Schilderung seiner Entwicklung, die vom seminaristisch gebildeten Lehrer über die Tätigkeit als Jugendpfleger zum Leiter von Jugendheimen führte. Straube, der sich nicht schuldig bekennt, gibt an, daß er nie die Ältern ihrer Zöglinge gesehen habe, um von Vorurteilen völlig frei zu sein. Was früher gesehen sei, habe für ihn nicht mehr gegolten. „Mein Personal waren landwirtschaftliche Burschen, die, wie ich selbst, mit den Büchern zusammenstießen, und alle Bekanntschaft mit ihnen teilten.“ Straube gab dann eine detaillierte Schilderung der Rechte und seiner widerwärtigen Szenen, die sich anschließend an sie spielten. Schwermüde Mißhandlungen wird er nicht mehr wohl haben und behauptet, daß er nur einigen Zöglingen, die sich räusperten, das nehmen, Ohrfeigen gegeben hätte.

Todesfahrt eines Autos. Vor dem Bahnhof Grünau bei Berlin fuhr ein Auto, das aus der Richtung Wilmersdorf kam, mit voller Wucht gegen einen Baum. Die Insassen, ein Kaufmann aus Wilmersdorf und der Chauffeur, wurden auf der Stelle getötet. Die Ursache des schmerzlichen Unfalls ist nicht bekannt.

Bettlerstarke verhaftet. Der Berliner Reiminationspolizei gelang es, den Obdachlosen Kaufmann Henri de Bries, der seit längerer Zeit von zahlreichen Staatsanwaltschaften gesucht wird, festzunehmen. Henri de Bries gilt als ein internationaler Bettler ganz großen Formats. Sein Name war zum ersten Mal im Jahre 1912 genannt worden, als er einen Altienfahrschein in Kupferminen betriebe und mit den Obdachlosen durchzuziehen. Seit dieser Zeit gab er ständig Gaspedale in allen europäischen Hauptstädten, auch in Berlin. Bei der Vorbereitung eines neuen Coups konnte er nun vollständig gemacht werden.

Mitien-Schiff. In dem Dorf Petrarica unweit Alaband in Kilisli-Anbien kam es zwischen Hausbesitzer und Mietern zum offenen Kampf, als die erlernten verurteilten, von der verurteilten Bevölkerung ihre hohen Mieten einzutreiben. 8 Personen wurden getötet, zahlreiche erheblich verletzt.

Mörderischer Schuß. In der Stadt Late Hoparung im Staate New-Jersey (U.S.A.) fuhr ein Chauffeur, der auf dem Dampfbahn eingeschlagen war, in eine Gruppe von Straßenposten, von denen sechs tödlich verletzt wurden.

Radiumlegien in Kanada. Nach einer Mitteilung Dr. Mans von der Universität von Alberta befindet sich das reichste Radiumlager der Welt an den Ufern des Großen Bärensees in Kanada. Die Analyse der dortigen Radiumerz ergibt einen reicheren Gehalt an Radium als in den Erzen aus dem Belgischen-Kongo.

Die 250 Arbeitslosen. aus Berlin, Somburg, Leipzig und Nürnberg, die auf Einladung des von den französischen Gewerkschaften gegründeten Aktionskomitees für Frieden vier Wochen in einem Ferienheim auf der Insel Oleron verbracht haben, sind inzwischen auf der Rückreise in Paris eingetroffen, wo sie zwei Tage bleiben. Sie wurden vom Aktionskomitee in einem in der Nähe der Kolonialausstellung gelegenen Mädchenheim untergebracht. Während ihres zwölftägigen Aufenthaltes in Paris sollten den Kindern die Schwerkriegsgefangenen der französischen Hauptstadt gezeigt werden. Am Sonntag haben sie in Autos durch die Stadt gefahren durch die Stadt gemacht und die wichtigsten Bauwerke der Stadt besichtigt. Am Sonntag werden sie durch die Kolonialausstellung geführt. Der Aufenthalt auf der schönen Insel Oleron ist den Kindern außerordentlich gut bekommen. Sie sind über die Unterkunft und Verpflegung des Bades voll.

Im Segelflug zweimal über den Kanal. Der deutsche Flieger Robert Kronfeld ist Sonntagabend 19,30 Uhr mit seinem Segelflugzeug „Alen“ in Calais zum Flug über den Kanal gefahren und um 20,30 Uhr in Dover gelandet. Nach einem Aufenthalt von einer Stunde ist er wieder in Dover gestartet und um 22,30 Uhr in Calais gelandet. Kronfeld hat damit die Behauptung des Breisau-Segelfliefers der „Daily Mail“, den Kanal an einem Tage in beiden Richtungen zum erstenmal zu überqueren, erfüllt und die von dem Reich gestifteten 1000 Pfund gewonnen.

Zuchthaus für Thielecke!

Der Muttermörder wegen Totschlags verurteilt.

Berlin, 20. Juni. (Eig. Ber.) In dem Prozess gegen Callistos Thielecke wurde der Angeklagte am Sonntagabend wegen Totschlags an einer Verwandten aufsehender Linie nach § 214 des Strafgesetzbuches sowie wegen unethischer Urkundenfälschung zu 10 Jahren und Wache Zuchthaus verurteilt. Die zur Tat benutzte Waffe wurde eingezogen. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre Zuchthaus beantragt.

Die letzten Stunden des Thielecke-Prozesses gehörten den Advokaten. Dem Verteidiger war es nicht gelungen, die Thielecke der Notwehr ernsthaft zur Diskussion zu stellen oder die Entwidlung des Prozesses auf den totalen Punkt des § 51 zu treiben. Die Gutachten der Sachverständigen schritten dabei häufig des Muttermörders in die rettenden Gebilde der Unzurechnungsfähigkeit ab und so konnte das Präsidium des Staatsanwalts, das am Sonntagabend vormittag vom Staatsanwaltschaftsrat Herr mit bemerkenswerter Argumentation und schlagender Schärfe gehalten wurde, durch die Gutachten der Sachverständigen nicht sonderlich beindruckt, sich mit voller Wucht gegen den Angeklagten richten.

Der Angeklagte gab eine Schilderung der Tat und betonte, daß man über die Motive des Verbrechens noch genau so im Unklaren tappe, wie zu Beginn des Prozesses. Motive, so betonte der Staatsanwalt, haben sich eigentlich nicht finden lassen, aber dies ist für die Frage unerheblich, wieweit sich der Angeklagte im Sinne des § 214 des StGB schuldig gemacht habe. „Ich beabsichtige nicht, so sagte Staatsanwaltschaftsrat Herr, die Schattenseiten des Charakters der Angeklagten hier besonders zu betonen. Die Sachverständigen haben darüber eingehend gesprochen. Aber wenn über die Mutter Thielecks viel Schönes und Unschönes erzählt wurde, wenn das Negative ihres Wesens und ihrer Persönlichkeit fast allzu stark in Erscheinung trat, so muß man auch bedenken, daß sie eine Mutter war, die ihren Sohn unter Schmerzen und Sorgen zur Welt gebracht hat. Wenn wir die Ältern über diese Frau schlichten, so sollen wir auch hieran nicht vorbeigehen.“ Der Staatsanwalt beantragte schließliche Verurteilung im Sinne des § 214 (Totschlag an Verwandten) eine Zuchthausstrafe von 12 Jahren, ein Antrag, der über die Mindeststrafe, die für dieses Delikt 10 Jahre beträgt, um 2 Jahre hinausgeht. Lebenslanglich Zuchthaus zu beantragen, unterließ der Angeklagte, weil, wie er betonte, die Persönlichkeit des Angeklagten unbedingt irgendwelche Überkompensation sei und man auch die zermürbenden Qualereien berücksichtigen müsse, denen er seit Jahren zu Hause ausgelegt war. Die Übernehmung der bürgerlichen Ehrentitel schien Staatsanwaltschaftsrat Herr in diesem Fall unangebracht.

Nach Dr. Wenzel, der auf Revision auf Grund des § 51 über, wenn dies abgelehnt würde, wegen Patentverstoßes plädierte und schließliche, wenn trotzdem auf Strafe erkannt werden sollte, nur Körperverletzung mit tödlichem Ausgang in Betracht zu ziehen hat, ergriff der Angeklagte selbst noch einmal das Wort. Hier zeigte sich wieder einmal, daß Callistos Thielecke selbst sein schlimmster Feind ist, denn er hielt, geistesreich, überheblich und wohl zum ersten Male sehr erregt, eine angriffsfähige Verteidigungsrede. Die ihm alle Ehrentitel die eventuell noch für ihn bestanden, verwarf. Wägen Callistos sprach, brach seine Beatin, die sich bisher passiv gezeigt hatte, schüchtern zusammen und mußte aus dem Saal gebracht werden. Der Angeklagte sagte u. a., daß er nach der Tat aus lauter Zusammenzucken befinde habe, sich aber absichtlich nicht habe gehen lassen, weil er auf Selbstentziehung größten Wert lege. „Ich fühle mich repräsentativ verpflichtet, nicht zu weinen. Soll ich den Menschen ein Schauspiel bieten? Ich bin doch kein Wahnsinniger! Im übrigen bin ich erst

26 Jahre alt. Mein Leben war immer schwer, ich bin ohne Wohnung und ohne Arbeit. Glauben Sie mir nicht, daß mich die Strafe bessern würde. Was soll z. B. aus meinem Kind werden, wenn Sie mich in die Verbannung schicken? In meinem Herzen bin ich bereits schwer bestraft. Wenn ich Sie bitte, mich zu schonen, so bitte ich nicht für mich, sondern für meine Familie.“

Nach längerer Beratung folgte das Gericht seinen Spruch, den Landgerichtspräsidenten Beringer eingehend begründete. Diese Begründung folgte u. a. aus, daß der Angeklagte, was völlig einwandfrei feststeht, die Mutter in der Beobachtung mit 15 Eidegen getötet habe. Zu prüfen sei, ob die Tat vorläufig ausgeübt sei, weiterhin, ob dem Angeklagten das Recht der Notwehr oder Patentverstoß zur Seite gefunden hätte. Schließliche sei noch zu prüfen, ob der § 51 Anwendung finden könne. Das letztere dem meinte das Gericht ohne weiteres. Es ist der Ansicht, daß sich die entlegene Tat durchaus natürlich erklären lasse. Entgegen der Feststellung des Staatsanwalts, daß die Tat nicht zu motivieren sei, nimmt das Urteil an, daß der Täter im Zorn gehandelt hat. Aus Mitleidgefühl heraus und im Bewußtsein, daß er den Qualgeist unbedingt loswerden müsse, habe er gehandelt. Die Empfindung, von der Mutter ständig bedroht zu sein, kam hinzu, um dem furchtbaren Ausbruch der Wutwort das Bewußtsein zu nehmen. Nachdem das Gericht feststellte, daß die Mutter objektiv gefährlich, mindestens so viel Schuld an dem traurigen Ereignis trage wie der Angeklagte selber, verurteilte es, die komplizierten Charaktere von Mutter und Sohn zu analysieren, wobei festgestellt wird, daß die Mutter, die sich zu etwas Besserem berufen fühlte, es als schmerzliche Strafe empfunden habe, daß ihr Sohn die arme Mäherin, eine ihrer Arbeiterinnen, getötet habe. Das Urteil besagt, daß nach dem Urteil der Angeklagten, daß die Mutter verurteilt habe, sich mit dem Döner zu erlösen, als völlig ungläubig. Bei Beginn der Tat habe Thielecke keine Absicht, die Mutter zu töten, das Gericht sei davon überzeugt, daß der Angeklagte nicht als gefesselt besetzt werden könne. Der Misset, der den Angeklagten befreite, sei niemals so hochgradig gewesen, daß er alle Hemmnisse ausgegliedet habe. So können weder Notwehr, noch Patentverstoß, noch § 51 in Betracht. Strafmißbrauch müsse an gesehen werden, daß der Angeklagte ein schmerzlicher Philosoph sei und daß die Mutter ihm das Leben unerträglich gemacht habe. Nach der Urteilsverkündung hat der Verteidiger Thielecke das Gericht, ein Gnadenersuchen des Angeklagten zu befrachten. Das Schwurgericht hielt im Anschluß noch eine Sitzung ab, als deren Ergebnis bekannt wurde, daß die Befürwortung eines Gnadenersuchens im Augenblick für die Richtermerkmale nicht in Betracht kommt.

Das Gericht hat entschieden, soll präziser und überzeugter noch als die Sachverständigen. Mit einem Urteil, das nicht fälschlich, nicht ungerecht genannt werden kann, um das jedoch die schmerzlichen Schattenseiten des Angeklagten sprechen.

Thielecke legt Revision ein.

Berlin, 22. Juni. (Eig.) Der Verteidiger des Angeklagten Thielecke wird gegen das Urteil Prüfung beim Reichsgericht einlegen. Die Revision soll sich darauf stützen, daß das Schwurgericht bei Thielecke den Ausschlag der freien Willensbestimmung vernachlässigt habe. Mit diesem Wort sei das Schwurgericht darauf eingegangen, daß das Reichsgericht schon bei einem Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit den Verzicht von Angeklagten verlange. Die Sachverständigen hätten dagegen die Mangelhaftigkeit der mangelnden Zurechnungsfähigkeit durchaus bejaht.

Letzte Nachrichten

(Eigene Sammel- und Drahtberichte)

Stegerwald über den Kampf um die Notverordnung.

Callisto-Raum, 22. Juni. (Tel.) Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach am Sonntagabend in einer Zantunversammlung über „Kampf um die Notverordnung“. Der Minister führt u. a. aus: Der Erfolg der Notverordnung hätte mir um Haarsbreite vor dem Erfolg gefehlt. Das dürfte er jetzt offen aussprechen. Vorher habe es nicht gelingen können, um keine Bankrottsmaßnahmen und Kreditverweigerungen herauszubekommen. Sollte die Arbeitslosenversicherung erhalten bleiben, so werde man an einer Leistungsverminderung und Beitragserhöhung nicht vorbeikommen. Auch an einer Leistungsverminderung in der Knappschaft werde man kaum vorbeikommen. Bei den Kassenmaßnahmen zur Wiederaufstellung der Kassen und der Knappschaft handle es sich nicht um Subventionen, sondern bei der Knappschaft um den Vorrat der Entlohnung eines Teiles der Sozialisten im Fall der Knappschaftsermächtigung, und für die Eisenindustrie um Befestigung seitens der Reichsbahn zur Ueberholung von etwa 7000 km bisher noch nicht ausgeführter Eisenbahnstrecken. Hieron hätten auch der Ruhrbergbau insofern Vorteile, als dadurch ein Drittel der in den Halbbetrieben investierten 800 Millionen Reichsmark mobilisiert würde. Dies alles sei in die Notverordnung aufgenommen worden, um dem Zustand zu gehen, daß Deutschland vielfach die äußersten Kraftanstrengungen mache, um aus seiner mißlichen Lage herauszukommen.

Stegerwald ging weiter auf die Ereignisse der letzten Wochen, besonders auf die Mission Americas, ein, als deren inneren Grund bezeichnet er nicht das Mittel Amerikas und Englands mit Deutschland, sondern das Interesse, daß jene Mächte dem Streben Frankreichs nach Eringung einer Vornachstellung in Europa zuwenden müßten. Frankreich, jetzt schon militärisch die stärkste Macht der Welt, ziehe viel Gold an sich, um auch wirtschaftlich eine gleiche Machtstellung zu erringen. Die Furcht vor dieser Gefahr habe Amerika und England einer Hilfsaktion geneigter gemacht, und aus dem gleichen Grunde habe Deutschland, ohne die engen Beziehungen zwischen Reparationen und Kriegsschulden zugegeben. Es gehe nicht allein um die Rettung Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Die Notverordnung werde vielfach schon in Kürze in einigen Punkten abgeändert werden, so z. B. bezüglich der Rente und der Gehaltsstärkungen, aber im wesentlichen werde sie bestehen bleiben, da sie die Grundlage für die Neuaufstellung der Reparationsfrage und die Wiederherstellung des Kredits bilden sollte.

Schweres Motorrad-Ungefall. — 2 Tote.

Berlin, 22. Juni. (Eig.) In der Nähe des Bahnhofes Charlottenhof bei Potsdam ereignete sich am Sonntagabend ein schweres Verkehrsungefall, das zwei Todesopfer forderte. Das Ungefall geschah etwa zwanzig Minuten, das ein Motorradfahrer in voller Fahrt auf darauf zurückzufahren, das ein Automobil in voller Fahrt gegen einen Baum fuhr. Der Fahrer des Autos, ein 30-jähriger Mann aus Eberswalde, und seine Mitfahrer wurden vom Auto geschleudert und lebend demüthigt liegen. Im Autohaus konnte nur noch der Tod der beiden jungen Menschen festgestellt werden.

Politische Bemerkungen.

Berlin, 22. Juni. (Eig.) In der Nähe von Schmiedlich bei Berlin kam es am Sonntagabend zu einer blutigen Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Eine 20 nationalsozialistische Bürger aus Berlin, die von einem Handbillet nationalsozialistischer Bürger aus Berlin, die von einem Handbillet kamen, liefen gegen 20 Uhr auf einen heimkehrenden Trupp von 50 kommunistischen Arbeiterparteiern. An wenigen Sekunden war eine regere Schlägerei im Gange, die mit Spaten und Sägen geführt wurde. Doch lagen vier Nationalsozialisten blutend und benutzungslos auf der Straße. Als die Polizei eintraf, flüchteten sowohl die Kommunisten wie die Nationalsozialisten in die nahe gelegenen Wälder und vertrieben sich dort. Die Polizei traf sofort alle Maßnahmen, um die Täter zu fassen. Es wurde eine große Aktion eingeleitet.

Kommunistische Aushebung gegen das Verbot der Sparratiade.

Berlin, 22. Juni. (Telunion.) Im Grunewald, an logenannenen Großen Fenster, versammelten sich Sonntagmorgen 2-3000 Kommunisten, um gegen das Verbot der Sparratiade, des kommunistischen Sportfestes, zu demonstrieren. Polizeistreifen, die die Anordnungen verhindern wollten, wurden mit Steinen besorfen und mußten sich zurückziehen, bis ihnen größere Polizeikräfte auf die Stelle kamen, die dann gegen die Demonstranten vorgehen und alle Stige auflösen. 14 Personen wurden dabei verletzt und dem Polizeipräsidium zugeführt.

Bezugliches Reichsbannerauf.

Frankfurt/Main, 22. Juni. (Eig.) Der Reichsbannerkapelle Bremen, die sich am Sonntag an einer Bezirkskommission in Groß-Brettenbach beteiligte, ließ auf der Rückfahrt ein Unglück zu, durch das zwei Personen getötet und 17 zum Teil schwer verletzt wurden. Die Heimfahrt erfolgte in einem Lastauto, das in einer Kurve in Märgen gegen eine steinernen Hauspforte fuhr und umstürzte. Der Chauffeur und ein Mitglied des Reichsbanners wurden getötet. Nur 4 von den zahlreichen Insassen des Autos kamen ohne Verletzungen davon.

Pulvermagazin in die Luft geflogen.

Affen, 22. Juni. (Telunion.) Wie aus Solonin gemeldet wird, ist das dortige, außerhalb der Stadt liegende Pulvermagazin, das 64 Tonnen Pulver enthält, mit ungeheurer Detonationswirkung in die Luft geflogen. Die beiden Magazinsarbeiter sind schwer verwundet worden und werden mit dem Leben fast davonkommen. Die griechischen Behörden vermuten einen Unfallschlag und haben bereits drei Verhaftungen vorgenommen. Politische Attentäter sollen im Magazin Feuer angelegt haben.

Castellanos fährt in Menschenmenge. — 3 Tote. — 15 Schwerverwundete.

Madrid, 22. Juni. (Telunion.) In Spanien, wo zurzeit die bevorstehende Wahl die Gemüter erregt und die Menschen noch mehr als sonst auf die Straße treten, hat sich ein schweres Ungefall ereignet. Am Sonntag in einem Dorfe bei Madrid die Einwohner auf der Hauptstraße in kleinen Gruppen fanden, um einen Waldreiter zu erwarten, fuhr plötzlich ein Kastrolwagen in schneller Fahrt in die Menge hinein. Drei Tote und 15 Schwerverletzte blieben liegen. Die Menge wurde von einer großen Erregung ergriffen, und es hätte wenig gefehlt, so wäre der Chauffeur des Ungefallswagens getötet worden. Noch im letzten Augenblick gelang es dem Polier, ihn zu stoppen.

Kreis Halberstadt

Darbesheim, 20. Juni. Der alte Rentenempfänger Hermann K. L. g. s. magte seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Ein Leben voll der Misere der Zeit sein.

Aus Dichtersleben

o. Sozialdemokratische Partei. Am Mittwochabend, 8 Uhr, findet im Landhaus die Fortsetzung der letzten Mitgliederversammlung statt. Der Gen. Schumacher wird weiter über den Beiziger Parteitag berichten und anschließend soll dann die Debatte über den gesamten Bericht stattfinden. Der Gen. Schumacher wird darüber hinaus aber auch zu den berechtigten politischen Verhältnissen und zu den Maßnahmen der Parteiführung und der Reichsorganisation Stellung nehmen. Aus diesem Grunde ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig. Gäste sind herzlich willkommen. Genossinnen und Genossen! Mehr denn je sind unsere Gegner von links und rechts am Werke, um die letzten Maßnahmen unserer Reichsorganisation auszunutzen, um unsere Mitglieder an der eigenen Partei irre zu machen. Eine Anzahl von Mitgliedern hat auch selbst diese Stellungnahme nicht mehr verstehen können. Kommt deshalb alle damit die notwendige Aufklärung in die Reihen der Parteimitglieder zu bringen.

o. Parteiverammlung der Partei in Dichtersleben. Am Sonntagabend, den 4. und Sonntag, den 5. Juli, veranstaltet der Dichtersleben Dichtersleben der Sozialdemokratischen Partei in allergrößter Weise eine diesjährige Parteiverammlung und Sommerfest. Die Veranstaltung findet in dieser Woche nicht im Stadtpark, sondern im Bürgerpark statt. Der Sommerabend wird durch ein Sommerfest ausgemittelt, zu welchem Vereine des Arbeiterportals sowie der Wandvollvereine ihre Mitwirkung zugesagt haben. Am Sonntag finden dann die bekannten Vergnügungen, wie Preisverteilung, Wettbewerbslauf etc. statt. Wir bitten deshalb schon heute die Dichtersleben an der Veranstaltung unserer Dichtersleben Genossen zu beteiligen. Der Eintrittspreis ist äußerst niedrig gehalten und beträgt für beide Tage 25 Pf. Außerdem wird es als Langgeld für Sonntagabend 25 Pf. und für Sonntag 50 Pf. erhoben.

Aus Thale

Im Nationalsozialistische Wegelagerer und Proportatue. In letzter Zeit haben sich die Beschwerden über nationalsozialistische Wegelagerer, die den Tagelöhner vornehmlich angeht und an dem gefallt. Es ist leider notwendig die Beschäftigung gemindert worden, daß Reichsbannerleute und Sozialdemokraten im Hinterhof (Bahnhofspark) konstant aufzuklären werden. Nur der Ruhe und der Besonnenheit der Reichsbannerleute und Gleichgesinnten ist es zu verdanken, daß größere Mäntelchen bisher vermieden werden konnten. Zahl vielfachen Beobachtungen und einmündigen Befundungen ist sich bei allen Proportatuen besonders der Braumhäuser Heing Lüdtke, Sohn des Schneidemeisters Karl Lüdtke und der Heilwiese Anna Lüdtke, Hüttenhauweise (Ede Sooschmittstraße), hervor. Die Polizei wird sich tun, sich dieses Proportatues auf besondere Art einmal anzusehen.

* Ferienkinderanstalt nach der Nordsee. Die Ortsauschüsse für Arbeiter-Volksfahrt Wesermünde und Thale veranlassen auch in diesem Jahre wieder einen Kinderausflug. Nach dem Vereinbarungen sollten 30 Kinder an dem diesjährigen Ausflugsziel teilnehmen. Durch die guten Erfolge, die der viermalige Ausflugsziel genügt, ist es trotz der schweren Zeit dem Ortsausflug in Wesermünde gelungen, die Zahl der Kinder von 30 auf 37 zu erhöhen. Dadurch ist es auch möglich, daß von Thale die Zahl der Kinder erhöht werden kann. Es können nämlich noch 7 Kinder an dem Ausflugsziel teilnehmen. Wir bitten deshalb die Eltern, die es noch ermöglichen können und die ein Kind haben, das der Erholung bedürftig ist und an einer Kur an der Nordsee teilnehmen soll, dieses dem Leiter des Ausflugszieles Fr. Junh, Stedtenberger Allee 27, bis heute Montag, abends, zu melden. Die Abreise erfolgt am 1. Juli früh 6.45 Uhr vom Hauptbahnhof und dauert bis zum 1. August. Wir wünschen auch in diesem Jahre den Kindern eine recht gute Erholung.

Aus Quedlinburg

o. Von einem Auto überfahren wurde am Sonntagabend der Schüler Alfred K. Er hatte sich in der Pause vom Schulpfah entfernt und wurde von einem Personennagel gefahrt. Er erlitt schwere Verletzungen am Hinterkopf, Schulter, Knieen und Stirn.

o. Ein Stabenbrand entfiel am Donnerstag im Hause Ballstraße 37 dadurch, daß vergessene, das elektrische Bügelisen auszulassen. Zigarette, Zisch, Zepplid und viele gerieten so in Brand. Außerdem sind noch Kleidungs- und Wäscheartikel verbrannt.

o. Wechselstellung und Betrag hatte ein Dichtersleben Kaufmann begangen und mußte sich deswegen vor dem Amtsgericht verantworten. Die Frau hatte sich von einer Wälder Firma zwei Hefen schicken lassen und mit Wechsel bezahlt. Außerdem hatte er Hefen einen Brief gekauft und mit einem Wechsel, der Major von Brinken unterzeichnet war, bezahlt. Es stellte sich heraus, daß die Wechsel gefälscht waren. Der Angeklagte wurde wegen Brivaltatünderfüllung und Betrag zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

o. Parteiverammlung. Am kommenden Freitag spricht im Gemeindefestsaal in einer außerordentlichen Versammlung der SPD, der Genosse Fetz über die politische Lage (Parteiung), Arbeiterbewegung, Fraktionsführung.

o. Schon wieder Selbstmord. Durch Erhängen hat ein Arbeiter seinem Leben ein Ende gemacht. Schmerzvoll soll das Motiv sein.

o. Englischer Arbeiterführer über die Schuld am Kriege. Der langjährige Präsident der Labour-Party in Paris, Genosse William Williams sprach am Freitag in einer von der 'Freiheit' (Freunde der internationalen Kleinarbeit) veranstalteten Antikriegsveranstaltung und Redeveranstaltung im Gemeindefestsaal in Quedlinburg. Genosse Williams führte in Deutlich seine sehr gute Aufnahme in Deutschland, insbesondere auch in dem schönen, altnordischen Quedlinburg, in dem er nun schon 8 Tage wohnt. In englisch, das sofort von Gymnasial-Übersetzer Kolmerer überetzt wurde, schilderte Gen. Williams die schwierigen Parteiverhältnisse in Deutschland gegenüber England. Ursprünglich gab es in England nur 2 Parteien, jetzt drei. Die Konföderative als Vertreter des Großgrundbesitzes, die Liberalen als Vertreter des Handels und die Unabhängigen Arbeiterpartei, die für restlose Sozialisierung eintritt. Sie konnte politisch auf den Plan treten, da die Interkonnexionen der Gewerkschaften als Hilfe erhalten. Erst mit der Besetzung der Gewerkschaften durch die Labour-Party konnte sie sich die Machtstellung erringen. Eine Prüfung der Schuldfrage lehnen die Freunde der internationalen Kleinarbeit ab. Er betraute den Krieg als von den Imperialisten aller Hände gemacht. Frankreich züchtete den Nachgeborenen für 1870/71, Deutschland hatte Überhand gegen England und England wiederum durch Deutschland. Es wäre nicht mehr möglich gewesen, Recht und Unrecht zu unterscheiden. Aber in England die Arbeiterpartei die Verwesung des Krieges überließ auf ihre Füße gefetzt und Mac Donald im November 1918 bis Ende des Krieges wegen Verweigerung des Krieges in ein Gefängnis geworfen. Und trotz allem seien sie jetzt Minister und das englische

Mitteldeutsche Rundschau.

Auto vom Zuge erfasst und in den Bach gedrückt.

Neufahrer (Harz). Als in der Mittagsstunde der Zug der Harzquerbahn von der Station Neufahrer abfuhr und die stark abschüssige Chauffee überquerte, wurde trotz sofortigen Bremsens ein Kleinauto von der Maschine erfasst und in den die Chauffee und die Bahnhofsanlagen zerstörenden Bach gedrückt. Die Anwesen, 3 Frauen, wurden ins Gras geschleudert, kamen jedoch, wie auch der Chauffeur, mit leichten Verletzungen davon. Der Zug konnte nach kurzem Aufenthalt seine Fahrt fortsetzen.

Zöblicher Motorabsturz

Wolfsbittel. Auf der Böhmer Straße unweit Böhrium besetzte der Schloffer Erich Weibe aus Böhrium, als er auf dem Motorabsturz fuhr, zwei Radfahrer. Einer von ihnen, der Kaufmann Otto Brömer aus Wolfsbittel, wollte, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, ausweichen. Trotzdem fuhren beide gegeneinander und kamen zu Fall. Dabei zog sich Weibe außer einem Oberkörperverletzung eine Reihe schwerer innerer Verletzungen zu. Brömer erlitt erste innere Verletzungen, denen er infolge Lungenentzündung erlag. Weibe wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Jeffstellung der Persönlichkeit eines Erstgeborenen

Braunshweig. Bei einem kürzlich im Hause des Zimmermanns Webe in Raunigen ausgeführten Einbruch wurde der Täter in der Notwehr erschossen, und es sollen nach den bei ihm vorgefundenen Papieren zunächst, als ob es sich um den Glasfabrik-Triebel aus Berlin handelte, hinterher ergab sich aber, daß diese Annahme unzutreffend war. Inzwischen konnte ermittelt werden, daß der Täter der 1906 in Dirschen geborene Schloffer Paul Wernsdorf war, und es besteht die Vermutung, daß er auch die Raubüberfälle bei Hohenrode ausgeführt hat, über die vor einiger Zeit berichtet wurde.

Fünf Verletzte bei einem Zusammenstoß

Wolfsbittel. Auf dem Wäldersee Hauptbahnhof fuhr eine Personenzugleitung hart gegen den dort haltenden Personenzug 530 Halle-Hannover. Fünf Personen wurden dadurch verletzt, daß sie bei dem Anprall gegen die Wagengänge geschleudert wurden. Vier konnten die Verletzungen, während einer ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Schwerer Verkehrsunfall auf der Berliner Chauffee

Burg. Am Freitagmorgen ereignete sich auf der Berliner Chauffee bei Hohenrode ein schwerer Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Auf der Straßenführung, die nach dem Dorfe führt, fuhr in voller Fahrt ein Motorcar auf einen zu gleicher Zeit in die Chauffee einbiegenden Kraftfahrzeug. Während der Fahrer selbst mit einigen leichten Hautabwühlungen davonkam, wurde seine auf dem Soziusplatz mitfahrende Frau in hohem Bogen auf die Landstraße geschleudert, wo sie mit einem Schädelbruch zu liegen blieb.

Entmenigliche Missetat

Mansleben. Ein grauer Kindesmord wurde in Eggenstedt durch die Sandjägerin aufgedeckt. Eine dort beschäftigte auswärtige

Sandjägerin hatte heimlich ein Kind geboren, das wenige Tage später spurlos verschunden war. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen einen Anaben geboren hatte, den es ein paar Tage später verbrannt hat. Die Leberreste wurden nachgetragen. Die Untersuchung, insbesondere auch nach dem Vater des Kindes, ist noch im Gange.

Berlenfortnahmen überführt sich

Gardelegen. Auf der Landstraße Gardelegen-Stendal, unweit des Dorfes Wolfelbe, ereignete sich ein schwerer Autounfall. Der Personenzug des Kaufmanns Dietmann aus Bremen wollte einem entgegenkommenden Kraftfahrzeug ausweichen. Doch die Bremse der Chauffeur derart, daß sich der Wagen überschlug und die Anwesen unter sich begrub. Durch den Sturz wurde Dietmann gegen die Decke geschleudert und erlitt eine schwere Gehirnverletzung, außerdem erhebliche Verletzungen am Kopf. Seine mitfahrende Schwester erlitt schwere Verletzungen durch Glassplitter im Gesicht, sowie Quetschungen an der Schulter. Der Chauffeur selbst kam mit leichten Hautabwühlungen davon. Der schwerwiegende Verlenfortnahme wurde getrimmt.

Schwerer Stillestellersverbrechen

Wittenberge. Durch Dorfstraßen kam im benachbarten Klein-Üben einem fährlichen Stillestellersverbrechen auf die Spur. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß zwei Dorfweihen sich wiederholt an einem fährlichen Schulmädchen schwer vergrägen. Beide wurden verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis Wittenberge zugeführt.

Ein Reichsbannerhänger wegen Mordes verhaftet

Halle. In Thonhof (Mansfelder Gebiet) fand man am 31. Mai d. Js. die 15jährige Frieda Hulbe auf dem Hausboden ihres Arbeitgebers erhängt auf. Sie ist ein 26 Jahre alter Leinwand aus Berlin, der bei der Dienstreise des Mädchens zum Befehl weite, als Täter verhaftet worden. Der Verhaftete ist, wie aus einem Briefe gemeldet wird, der 26 Jahre alte Reichsbannerhänger Hans Wendler aus Berlin. Wendler war Ende Mai zu seinem Onkel, dem Inwaliden und Landarbeiter Koch, der bei seinem Schmiegebrater, dem Gastwirt Bartel in Thonhof lebt, gefahren, um bei ihm seinen Urlaub zu verbringen. In der Nacht zum 31. Mai schlich sich Wendler in die Kammer des Mädchens und versuchte, ihr Gewalt anzutun. Das Mädchen wehrte sich jedoch aus Leidenschaft. Um sie am Schreien zu verhindern, drückte sie ihr die Seele zu, wobei das Mädchen erstickte. Im die Tat zu verdecken, schleppte sie die Leiche auf den Dachboden und hängte sie dort an einem Balken des Dachstuhl auf. Die Ermittlungen, die von der Landeskriminalstelle Halle geführt wurden, ergaben, nachdem man Anfangs an einen Selbstmord geglaubt hatte, daß Frieda Hulbe als Leiche aufgehängt worden war. Der Verdacht hat sich zuerst auf den Onkel des Ingenieurs gelenkt. H. hat bei seiner ersten Vernehmung die Tat eingestanden, sie dann aber später geleugnet. Er ist dem Amtsgericht in Halle (Saale) zugeführt worden.

Wichtigsteit beim Harzer Bergarbeiter der Gemeindevorsteher die notwendige Aufklärung. Nur für die Gemeindevorsteher wird der Eintrittspreis auf allen Wägen um 25 Prozent ermäßigt. Zur diesjährigen Spielzeit soll alle alljährlich verbriefte Karten vermittelt werden.

Am Freitag, 22. Juni. Am Freitag fand in der Hüttenhauweise eine außerordentliche Versammlung der Partei statt. Der Arbeitsstellenleiter Genosse Weidling, Wöberstedt, gab einen ausführlichen Bericht von dem Bezirksparteitag in Magdeburg, seine Ausführungen wurden mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Eine rege Aussprache schloß sich dem Bericht an. Zu dem Bericht vom Reichsparteitag soll Genosse Peters, Magdeburg, verpflichtet werden. Genosse Wöberstedt erläuterte den Kolonnenbericht vom 1. Quartier und vom Bezirksvorstand bekannt. Diese führten zu einer regen Aussprache. An der Brunningschen neuen Notverordnung wurde sehr scharfe Kritik geübt. Am Schluß der Tagesordnung befahl die Versammlung mit Abstimmungsgesegenheiten in den Gemeindefestsaal.

Stedtenberg, 22. Juni. Von der Feuerwehr. Am Sonntagabend gegen 10 Uhr wurde plötzlich Alarm gegeben. Die Wehr war vollständig schnell zur Stelle. Kreisbrandmeister Wittenberg, Quedlinburg, beauftragte die Wehr. Es wurde der neue Zubehörer auf seine Schulungsbefähigung angetestet. Der Kreisbrandmeister sprach der unter der Leitung des Ortsbrandmeisters H. Ulrich stehenden Wehr eine lobende Anerkennung aus.

Arbeiter-Sport.

Berichtungen zum Kester-Beitrag. In dem Bericht vom 18. 6. darf es nicht heißen: 'Derlei wurde vom Kestelklub 'Röde' erbracht', wegen des Kestelklub 'Röde' erbracht, sondern seien den Kestelklub 'Röde' erbracht mit 30 Dola Unterabteilung annehmen.

Aus dem anderen Lages.

Zufußballspiel Deutschland gegen Norwegen 2:2. Genosse wie im vergangener Mittwoch das Fußballspiel gegen Schweden, so im vergangenen Samstag das Fußballspiel gegen Norwegen, das vor über 20 000 Zuschauern im Stadion stattfand, unentschieden 2:2, nachdem 1:1 die Seiten gemeldet worden waren.

Aus dem Leserkreise

Die Gartenbesitzer am Ballermet empfinden gerade jetzt die Ballermet durch die Hitze besonders hart. In diesen Tagen ist eine sehr gute Erdbeeren-Ernte zu erwarten. Aber die Freude an den schönen Früchten wird dadurch hart beeinträchtigt, daß die Erde so unheimlich heiß auf den Beirichten liegt. Das Ballermet sollte doch verstanden, die Ballermet zu befeuchten.

Briefkasten

Fußball Thale. Du bist Photomaneur und kennst mehr Spezialmaterial von Unibildmaterial als wir und verleihe uns zu wissen, wo Du billige photographische Material und Apparate kaufen kannst. Bis haben wir das wissen? Dir liegt doch in der Quantität daran, gute Aufnahmen zu machen. Dazu braucht man natürlich auch gutes Material und dieses ist meist nicht billig. Die Warenhäuser arbeiten in manchen Fällen billiges Unibildmaterial an. Aber wir bemerken, daß es auch wirklich gut ist. A. G. Bergedorfer. Die amtliche Dienstzeit für die Infanterie wurde auf 24 Monate bei Soldatenamt im Jahre 1899 eingeführt. Bis dahin galt die dreißigjährige Dienstzeit.

Deutsches Gold wandert ins Ausland.



Eine Goldsendung der Reichsbank nach Amerika wird im Hamburger Hafen unter Polizeibegleitung verladen.

Die äußerst trübsamen Tage der vorletzten Woche haben beträchtliche Rückflüsse von ausländischen Krediten aus Deutschland zur Folge gehabt. Die Goldzüge der Reichsbank, die hauptsächlich nach England und Amerika gingen, werden auf über 1 Milliarde Mark geschätzt. Erst mit Überwindung der Brünning-Krise konnte die Kapitalflucht abgestoppt werden.

Wilhelm Bock gestorben.

Gotha, 22. Juni. (E. F.)

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und wiederholte Alterspräsident des Reichstags, Wilhelm Bock, Gotha, ist heute vormittag 9.30 Uhr in Bad Sulza gestorben. Bock wurde auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokratie in Leipzig noch zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Mit Wilhelm Bock, der ein Alter von über 85 Jahren erreicht hat, ist wohl der älteste deutsche Parteigenosse gestorben. Er war meist der Letzte, der nach an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stand. Als ganz junger Mensch gehörte er sich unter dem Einfluß der Lassalle'schen Agitation der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung an und war bis zum letzten Augenblicke aktiv tätig. Geboren ist Wilhelm Bock am 28. April 1846 in Großbreitenbach. Er besuchte die Volksschule und den Arbeiterbildungsverein in Somburg. Dann erlernte er das Schuhmacherhandwerk, bereitete als Geselle Deutschland und ließ sich 1869 in Gotha nieder. Im Jahre 1873 wurde er zum Präsidenten der deutschen Schuhmacher-Gewerkschaft gewählt und war Jahrzehntlang Redakteur des Schuhmacher-Vereinsorgans. Am Koburger Gewerkschaften-Bund hat er seit 1893 eine überragende Rolle gespielt. Zeitweilig war er schon in der Vorriessig-Bezirkspräsident des dortigen Bundtages und als solcher Mitglied des Verwaltungsrates des dortigen Arbeitervereins. In den Revolutionsjahren wurde Wilhelm Bock zum Vorsitzenden der Volksbeauftragten für den Staat Gotha gewählt. Nachher hat er das Mandat freiwillig niedergelegt.

Vermischtes

Der Genfer Grenzbahnhof niedergebrannt.



Der ausgebrannte Bahnhof Gen-Annamasse.

Der an der französischen Grenze gelegene Genoiser Bahnhof Annamasse wurde durch ein Großfeuer völlig vernichtet.

„Jetzt ohfseigen wir dich...“

Bei einer Verammlung, die in Berlin der Jugendverbände Landesoberbund gegen den Nationalsozialismus abhielt, entspann sich nach der Rede eines Funktionärs der Nationalsozialistischen Partei eine stürmische Szene zwischen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei und S. L.-Leuten der Siennes-Gruppe. Einer von diesen erklärte: „Wir haben für heute abend Goebels hierher eingeladen. Er war zu feige, zu kommen. Wir haben vor, ihn zu ohfseigen. Jetzt ohfseigen wir dich dafür.“ Daraufhin enthielt eine Bügellei und die Polizei wurde alarmiert. Da aber alle weiteren Anhänger der Hiletpartei auf das Wort verzichteten, konnte schließlich die Disziplin in Ruhe zu Ende geführt werden.

Versehrte Schätze werden gehoben.

Das Hebelstift „Reclamer“ der englischen Firma Bunsan, Swan und Hunter soll eingeleitet werden, um das während des Krieges durch ein deutsches U-Boot versenktes Schiffes „Lubantia“ zu heben. Die Versuche an diesem Objekt, die teils von französischen teils von dänischer Seite unternommen wurden, haben bisher schon ungefähr 12 Millionen verschlungen, trotzdem nicht mehr als 2 Millionen Metall in Gold mit der „Lubantia“ vertrieben wurde. Eine solche Hebung von untergegangenen Schätzen erfordert aber nicht nur beträchtliche Geldmittel, sondern auch übermenschliche Anstrengungen der Taucher, die zu den versenkten Schiffen hinuntersteigen.

Unter solchen Schwierigkeiten und Gefahren die Taucher oft arbeiten müssen, daon kann man sich nur schwer ein Bild machen. Einmal Näheres darüber erzählt man aus den Berichten über die Bergungsarbeiten deutscher und französischer Taucher, die vor einiger Zeit in der Sibirie vorgenommen worden sind.

Der Jahresfrist ist in einem schmerzlichen Zustand das französische Patenboot „Cap Boy“, das sich auf der Fahrt nach Indochina befand, auf eine Granitinsel vor der Bai von Hong gescheitert worden und dann untergegangen. Das Schiff hatte fastbare Fracht an Bord. Es sollte vierzig Kisten mit 80 Millionen Papierfranken nach Hongkong bringen. Die französische Regierung versuchte nun durch französische Taucher den Schatz vom Meeresgrund heben zu lassen. Aber die Arbeiten erwiesen sich als so schwierig, daß man noch deutsche Hilfskräfte aus Bantamene herbeiholt.

Der Meeresboden war an der Stelle, wo das Schiff gesunken war, 24 Meter tief. 12 Meter unter dem Meerespiegel führte eine Luke vom Oberdeck des gesunkenen Patenbootes hinab in den Schiffsrumpf. Nun muß man sich vorstellen, daß ein Mensch mit dem schweren Tauchergesetz und Helm, die alle seine Bewegungen hemmen, viele Meter tief unter Wasser sich durch die Räume eines gesunkenen Schiffes hindurcharbeiten muß. Finsternis umhüllt ihn. Er kann keinen Weg nur nach den Beschriftungen derjenigen finden, die das Schiff noch früher her kennen. Beim Zurückfall auf den Boden war zudem noch eine Reflexion erfolgt und hatten das Schiff immer bedeckt. Die Ladung, die sich sorgfältig gepackter war, war durch einandergefallen. Tonnen, Kisten, Gefäße,

früher noch, als in seiner engeren Wahlperiode, war er als Mitglied des Reichstages tätig und zwar von 1884 bis 1887 für den Wahlkreis Koburg-Gotha. Bei den Kartellwahlen von 1887 unterlag er und wurde 1890 anstelle Bollmars, der den Wahlkreis: Münden u. n. erobert hatte und der deswegen auf das sichere Magdeburger Mandat verzichtete, für Magdeburg in den Reichstag ernannt. Das Magdeburger Mandat behielt er jedoch nur bis zur nächsten Wahl 1893, wo er in seiner Eigenschaft als Reichstagsmitglied wieder gewählt wurde. Wilhelm Bock nahm dann wieder den Kampf um das Gothaer Mandat auf, das er dann bis 1918 behauptete. Nachher war er Mitglied der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung und trat mit der Neuwahl des Reichstages als Abgeordneter für Thüringen wieder in den Reichstag ein. Zumal war er im Reichstag Alterspräsident und trat vor der letzten Wahl freiwillig von seinem Mandat zurück, um jüngeren Kräften Platz zu machen.

In der Zeit der Parteispaltung hatte sich Wilhelm Bock der Unabhängigen Partei angeschlossen. Er war aber auch einer der Ersten, die mit Wort und Tat für die Wiedervereinigung strebten. Von dem Nürnberger Einigungspartei, wo er seinen Altersgenossen Wilhelm Pfannkuch der anderen Parteigründung, die Hand zur Verjährung reichte, bis zu seinem Ende hat er getreulich für die Einheit der Partei gestrebt.

Ein Kämpferleben welches ganz der Arbeiterbewegung gewidmet war, ist zu Ende. Die Arbeiterkraft wird dem unermüdlichen Kämpfer ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

Büchen schwammen in den Schiffsräumen herum. Durch all das, muß sich der Taucher erst den Weg bahnen. Zerplatzte Stoffteile, aus denen Nägel ragen, gefährden seinen aus Gummi gearbeiteten Tauchergang. Ein wenig Wasser und das Wasser kann eindringen.

Die Gefährten ruhten tief unten im Schiffsrumpf in der Luftkammer des Schiffes. Immer die engeren Stellen des Schiffes suchte es für den Taucher da hinanzutreiben, sich hinanzutreiben. Es ist fast unglücklich, daß es Menschen unter diesen Arbeitsbedingungen fortzuführen, Gegenstände vom Grund des Meeres wieder heranzufischen. Das Herausfordern der Kisten vom Deck des gesunkenen Schiffes, an Bord des Bergungsdampfers erfolgt natürlich eine Dampfwinde, aber das Komplexierste, die Kisten durch das Tobwasser, was im Innern des Dampfers herrscht, erst einmal hindurchzubringen, daß muß der Taucher befürchten.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen haben die Taucher vier Tage gearbeitet, ehe sie 30 von den 40 Gefährten heranzufischen konnten. Die letzte ließ sich trotz aller Bemühungen nicht mehr heranzufischen. Stunden hintereinander arbeiteten die Taucher täglich im Schiffsrumpf, schleppten erst alle beiseite, was den Zugang zur Luftkammer und den Rückweg sperrte und dirigierten dann die Kisten an die Luft im Oberdeck.

Als man die Gefährten aus Tageslicht brachte, stellte sich heraus, daß zwar die Zinteilen der Kisten von dem monatelangen Lagern in Meereswasser angegriffen waren, aber die Gefährten hatte man so fest in die Kisten hineingepreßt, daß kaum die Ränder der Scheine eine Beschädigung aufwiesen.

Auf diese Weise hat man schon viele Werte, die sonst der unerschütterlichen Gier des Meeres ausgesetzt verfallen gewesen wären, wieder herbeigefischt, aber es ist ein schweres Stück Arbeit, die unter mancherlei Gefahr gefischt werden muß. Ernst Holt.

14 Opfer eines Autos Zusammenstoßes. Ein Gaitauto, mit 25 Bauarbeitern besetzt, stieß bei dem Dorfe Dobrich bei Prag in einer scharfen Kurve mit einem mit Brechern beladenen Auto zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß zwei Arbeiter sofort tot waren und zwölf mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus von Brno: gefahren werden mußten, wo inzwischen zwei weitere Schwerverletzte gestorben sind. Nach den Auslagen der Schwerverletzten fuhr das mit Brechern beladene Auto auf der falschen Straßenseite.

Schwere Bluttat. In Rudwigsdorf in Oberfranken ereignete sich in der Nacht zum Sonntag eine schwere Bluttat. Die Schwertriegelschläger bedrohte in der Nacht seine Frau und seinen Sohn mit einer Pistole, die die Polizei zur Hilfe riefen. Drei Polizeibeamte nahmen darauf eine Durchsuchung des Hauses vor und fanden Schlegel auf dem Dachboden versteckt vor. Schlegel schoß sofort auf die Beamten u. tötete den Hauptwachmeister Jenz durch einen Kopfschuß. Der Täter konnte durch eine Daufuge entkommen.

Furchtbares Unwetter in Oberbayern. Sonnabendnachmittag ging über die Stadt Rosenheim in Oberbayern ein furchtbares Hagelwetter nieder, wie es in diesem Jahres schon seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt wurde. Es prollerte ein gemaltiger Hagelschlag nieder, der mit orkanartigem Sturm und mit wolkenbruchartigem Regen begleitet war. Nach dem Unwetter bot die Stadt ein vollkommen winterliches Bild. Bäume waren entlaubt und Dächer abgetragen. Auf dem Friedhof wurde das Dach der Leichenhalle 100 Meter weit über die Gräbter geschleudert. Schimmer noch als im Stadtbereich Rosenheim haufte das Unwetter in der nächsten Umgebung. Hier ist die Ernte vollständig vernichtet worden.

Bücher und Schriften

Karl Schröder: Familie Martens. I. u. II.

Gesellschaftsroman in zwei Bänden. 1931. Einband und Lagenarbeit: Jan Schmidt, München. Band I 325 Seiten, Band II 300 Seiten. Gneisenau, Berlin. Der Hildesheimer G. m. b. H. Preis zusammen 9,00 Mark. Karl Schröder hat sich von der Voraussetzung aus, daß ein Roman die einfachste Gesellschaft behandelt, während er mit dieser Voraussetzung nicht eine dieser Schichten, die Kleinbürgerei, und vom ihr wieder eine bestimmte Gruppe. Der II. Band bringt den Entwurf der Gesellschaftsstruktur in diese Familie. Arbeitlosigkeit und Politik spielen eine besondere Rolle. In erschütternder Weise wird der Prozess der Inmersion und Isolierung auch in der Vererbung und Vererbung der Kleinbürgerei veranschaulicht. Während man moralisiert, alles mit Liebe umfassen, aber schließlich in der harten Lebenswirklichkeit gefühllos werden. Erschütternd ist die Mutter, die mit tiefer Weisheit die Söhne umfassen und doch nichts Gutes erreicht. Am Ende des Bandes des Sohnes Fritz vom eigenen Leben. Nach dem eigenen Schicksal im politischen Leben. Erschütternd die Darstellung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen. In sinnvoller Weise gehen alle Werte nebeneinander durch das

Rad, die Liebe und die Gleichheit und doch in verbitterter Hartnäckigkeit die einen die am selbstüberlebenden Ende, die anderen zum inneren Aufstieg. Es zeigt von harter Selbstsucht des Mannes, daß er auf alles trennende Sentimentale verzichtet hat: er hielt Zankbrot der, so wie sie sind, und nicht nur die niedrigen Schichten, keine Barmherzigkeit. Alles in allem ein eindringlich reformiertes neues Stück edler sozialistischer Dichtung.

Wirtschaft und Handel

Haufe an der Börse.

Als Folge der Hoover-Aktion.

Berlin, 22. Juni. (E. F.) Der Aufbruch Hoovers hat das Bild der heutigen Berliner Effektenmärkte völlig verändert. Schon vorläufig herrschte eine derartige Nachfrage, daß die Hauptwerte Kurssteigerungen bis zu 12 Prozent aufweisen konnten. Grobes Interesse zeigte sich vor allem für die Younganleihen, die bereits an der Sommerbörse in New York eine Beilegerung um nicht weniger als 5 Prozent zu verzeichnen hatten. Der Markt fuhr von 122,10 auf 122,20 angezogen.

An Anbruch der starken Devisenabwärts der letzten Zeit bedarf die Reichsbank eines ausländischen Kredits von etwa 500-600 Millionen Gold. Nachdem England der österreichischen Regierung geholfen hat, wird in Bankkreisen angenommen, daß für diese Goldhilfe der Reichsbank in erster Linie America in Frage kommt.

Marktberichte.

Berliner Getreidebörsen vom 20. Juni.

	20. Juni	19. Juni
	(ab mittlere Station in Markt)	
Weizen	— bis —	200 — bis 271 —
Woggen	208 — bis 210 —	207 — bis 209 —
Woggenrie	— bis —	— bis —
Mutter- und Industriegetreide	190 — bis 206 —	190 — bis 206 —
Dinkel	169 — bis 172 —	169 — bis 172 —
Weizenmehl	32,00 bis 37,25	32,00 bis 37,25
Woggenmehl	28,00 bis 30,00	27,50 bis 30,00
Weizenkleie	13,90 bis 14,20	13,90 bis 14,20
Woggenkleie	12,75 bis 13,00	12,75 bis 13,00

Sämereien-Wochenbericht

d. Firma A. Mey & Co. Nachfolger G. m. b. H. Berlin.

Wir notieren den Preis für jede Menge Samen mit haben (Wiederholungen je nach Qualität für 50 kg ab Groß-Berlin zur vorläufigen Vierung in Mark und Pfennig).

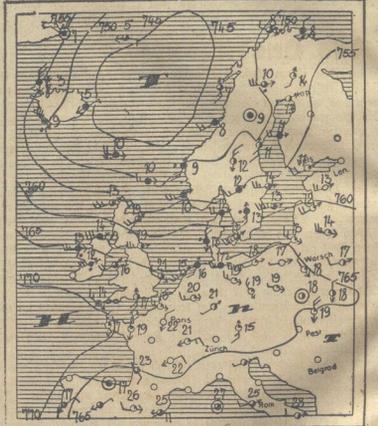
Wasser	91,00—80,00	ital. Nougat	32,00—38,00
Wassermelone	62,00—73,00	Zimolthe	30,00—52,00
Süßholzwurzel	62,00—139,00	Samnagar	58,00—113,00
Wassermelone	32,00—33,00	Wassermelone	125,00—135,00
Wassermelone	102,00—130,00	Wassermelone	—
Wassermelone	35,00—40,00	Wassermelone	170,00—189,00
Wassermelone	35,00—73,00	Wassermelone	128,00—138,00
Wassermelone	62,00—72,00	Wassermelone	—
Wassermelone	125,00—132,00	Wassermelone	—
Wassermelone	30,00—41,00	Wassermelone	—

Jugendbewegung

Arbeiterfreunde.

Arbeiterfreunde Selbstbild. Unsere Elternvermittlung findet am Mittwoch in Gemeinschaftsarbeit statt. Wir bekommen während 20 Uhr. Es werden wichtige Fragen behandelt. Außerdem wird ein Schüler einer Kinderschule vorgetragen. Alle Kinder können am Dienstag nach dem Unterricht kommen. Braut hat auch viel zu sagen über Berliner und Arbeiterfreunde. Er bringt auch die Bilder mit.

Amliche Wetternachrichten



ERKLÄRUNG: — isobaren, — isothermen, — isohyeten, — Regen, * Schnee, — Nebel, * Gewitter, * Graupel, * Hagel, * Schmelz, * Tau, * Miasma, * stark, * schwach, die Linien (isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck (12. — 27) = 1 mm, wolkig, Regen, 2 Grad Celsius.

Straßenschilder-Wechsel bis 23. Juni, abends.

Mittelschwer ist jetzt nicht in den Bereich maritimer Strömungen gelangt, die nun prägen. Die viel stärkeren, die die Küsten entlang führen, sind die Küstentemperaturen liegen bei nur 13-14 Grad, der Boden hat 6 bis 8 Grad Wärme. Der nun fast höchsten Sommerwindes ist daher einer der kühleren des Jahres. Die maritimen Zustromen helfen einen kleinen beträchtlichen Feuchtigkeitsschub. Das Wetter ist daher recht mäßig, doch vermindert der hohe Luftdruck im allgemeinen das Ausmaß der Niederschläge. Nur gelegentlich können kleine, am Abend des hohen Druckes westwärts fortschreitende Strömungen aus leichtem Regenfall mit sich bringen. Der Südwind bläst über dem Festland vorüber, wird zunächst ein Südwind des Windes auf Südwest eintrifft. Dieser wird der Wind wieder auf West umgewandelt. An sich ist ein: Bei höherer Luftdruck, die westlichen Winden teils heiter, teils wolkig, mäßig warm, meist aber nur vorübergehende geringe Niederschläge.

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die inserierenden Firmen unserer Zeitung!

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Gehört vollständig zum und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen- genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Kurt Weber, G. m. b. H. Verantw. für Politik u. Wirtschaft Artur Wollenbush, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Redaktionen u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die aufgeschaltete Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, außerhalb 20 Pfennig. Kleinanzeige 40 Pfennig, andernfalls 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Anträge in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 20 Waggelburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 20.

Nr. 142

Montag, den 22. Juni 1931

6. Jahrgang

Amerika will helfen.

Ein Jahr keine Reparationen. — Ab 1. Juli Schulden-Moratorium. — Der Präsident der Vereinigten Staaten hat den beteiligten europäischen Mächten vorgeschlagen, Deutschland ab 1. Juli einen einjährigen Aufschub aller Reparationszahlungen zu gewähren. — Unter dieser Bedingung erklärt sich Amerika bereit, für die gleiche Frist die ihm geschuldeten Zahlungen auch zu stunden.

Hoovers Botschaft.



Präsident Hoover.

Washington, 21. Juni. (Eig. Draht.)

Der amerikanische Staatspräsident hat den Vertretern der in Washington befindlichen ausländischen Missionen zum internationalen Schulden- und Reparationsproblem eine Erklärung übergeben, in der er einen einjährigen

Zahlungsaufschub für alle internationalen Schulden

vorschlägt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, und zwar

insoweit bezüglich des Kapitals sowie der Zinsen,

ausgenommen natürlich Schuldverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privatbanken befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahres unter der Bedingung, daß die wichtigeren Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben.

Dieser Schritt ist von folgenden Senatoren bereits gebilligt worden: Hurst, Bingham, Borah, Burnes, Capper, Bess, Fletcher, Gresh, Harries, Harrison, Hull, King, Warren, Moses, Reed, Swanton, Vandenberg, Wagner, David Walsh, Thomas Walsh, Watson; ebenso von 18 Mitgliedern des Repräsentantenhauses. Er wurde ferner gebilligt von dem Vizepräsident Dames und Owen D. Young.

Zweck dieses Schrittes ist, das kommende Jahr der wirtschaftlichen Erholung der Welt zu widmen und die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die bereits am Wiederaufbau arbeiten, von den von außen kommenden verzögernden Faktoren zu befreien.

Die über die ganze Welt verbreitete Depression hat die europäischen Staaten mehr in Mitleidenschaft gezogen als uns. Einige jener Staaten fühlen die Verminderung ihrer wirtschaftlichen Stabilität durch diese Depression in ernster Weise. Das Gewicht der Regierungsschulden, das in normalen Zeiten tragbar wäre, drückt inmitten dieser Depression schwer auf die Völker.

Aus einer Reihe von Gründen, die aus der Depression resultieren, beispielsweise der Preissturz fremder Waren und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität im Ausland, begann eine

abnorme Zuwanderung von Gold nach den Vereinigten Staaten, wodurch die Kreditfähigkeit vieler fremder Staaten vermindert wurde. Diese und andere Schwierigkeiten im Ausland veranlassen die Kaufkraft für unsere Exportwaren und sind daher im gewissen Umfang schuld an unserer fortwährenden Arbeitslosigkeit. Rechtzeitige Maßnahmen niedrigeren Preisen für unsere Exportprodukte. Rechtzeitige Maßnahmen im Ausland zu lindern, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden und die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern. Die Autorität des Präsidenten der Vereinigten Staaten bezüglich der Lösung dieser Probleme ist begrenzt, da er hierin vom Kongress unterstützt werden muß. Dem Präsidenten ist von führenden Mitgliedern beider Häuser des Kongresses herztliche Unterstützung zugesichert worden.

Der Kern des Vorschlages ist,

den Schuldner Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität zu geben, und ich richte an die Amerikaner den Rat, in ihrem eigenen Interesse gute Gläubiger und gute Nachbarn zu sein.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benutzen, meine Ansicht über unsere Stellungnahme zu den deutschen Reparationen und den uns von den europäischen alliierten Regierungen geschuldeten Summen offen zu äußern: unsere Regierung hat sich nicht an der Auflegung der Reparationen beteiligt noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Würde keinen Anteil gehabt an den allgemeinen Reparationen oder an der Aufteilung von Kolonien oder Privatgeltern.

Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und für Wiederaufbauzwecke gewährten, wurde auf eine Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendeine Zusammenhängung noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde.

Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich bilde nicht im entferntesten die Erwartung der uns geschuldeten Summen. Das Weltvertrauen würde durch einen derartigen Schritt nicht gefördert werden. Keiner unserer Schuldner hat das je vorgeschlagen, aber da die Basis der Fundierung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent unsere eigenen Prinzipien durch, wenn wir die gegenwärtigen unnormalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen. Ich bin davon überzeugt, daß das amerikanische Volk nicht den Wunsch hat, den Versuch zu machen, vom Schuldner mehr herauszuholen, als er zahlen kann, und meiner Ansicht nach verlangt eine weischaunende Politik, daß unsere Regierung die gegenwärtige Situation in ihrer Realität anerkennt. Diese Forderung entspricht vollkommen unserer bisher erfolgten Politik. Wir werden dadurch nicht in die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen, wir wollen lediglich unsere Bereitschaft ausdrücken, zur baldigen Erholung der Weltprospérité, an der unser Volk so stark interessiert ist, unsere Zeit beizutragen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß mir, obgleich dieser Schritt mir für die nächsten Februar angelegten Konferenz zur

Beisprechung der Leberdrüsen nichts zu tun hat, doch die Hoffnung haben, angesichts des starken Einflusses des Betrübtes auf die gegenwärtige Depression werde unser Schritt zu freundschaftlicheren Beziehungen beitragen, die für die Lösung dieser wichtigen Rettungsfrage so notwendig sind.“

Sindenburg an Hoover.

Der Erklärung Hoovers ging ein längeres Briefteleogramm des Reichspräsidenten an den amerikanischen Staatspräsidenten voraus, das am Sonnabend verfaßt, dann mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin durchgeschickten und in der Nacht zum Sonntag nach Washington übermittelt wurde. In diesem Briefteleogramm wird die Not Deutschlands eingehend geschildert, auf die drohenden Gefahren der gegenwärtigen Lage hingewiesen und schließlich um Hilfe ersucht. Dieses Briefteleogramm lag zunächst in zwei Fassungen vor. Es wurde übermittelt auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Regierung und abgelehnt, nachdem die Erklärung Hoovers bereits feststand und das Auswärtige Amt in Berlin über seinen Inhalt bereits informiert worden war.

Zustimmung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat der Botschaft des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover bereits offiziell zugestimmt. Von England und Italien ist in diesen Tagen ein gleicher Schritt zu erwarten. Frankreich nimmt zunächst noch eine mehr problematische Haltung ein. Aber schließlich dürfte auch die französische Regierung der Botschaft zustimmen.

Die Reichsregierung hat der überraschenden Botschaft, wie wir regierungsseitig erfahren, wegen der durch sie ermöglichten Erleichterungen und der Einschaltung Amerikas in die Weltwirtschaftskrise freudig zugestimmt. Ein Jahr des Zahlungsaufschubs ist bereits eine ungeheure Erleichterung. Nichts ist der Reichs-

Zurück zur Vernunft!

Die Kernpunkte des Hoover-Planes.



getrübt, die einigen dieser Mächte größere Verzichte auferlegen als Amerika seinerseits tragen will. Während die USA nämlich nur rund 4 Milliarden Mark jährlich von ihren Schuldnern zu empfangen haben, verlangen die deutschen Reparationen 17 Milliarden. Der Präsident verlangt jedoch, daß die wichtigeren Gläubiger „alle ihnen geschuldeten Zahlungen“ für ein Jahr aufschieben. Dies würde bedeuten, daß zum Beispiel Frankreich rund 400 Millionen Mark mehr stunden müßte, als ihm selbst gebundet werden. Diplomatische Verhandlungen über diesen Punkt werden nicht ausbleiben können.

Wenn hoffentlich alles glatt verläuft, würde Deutschland für das gegenwärtige Haushaltsjahr eine

Erleichterung von rund 1500 Millionen erfahren, da wohljener nicht nur der nach dem Young-Plan geschuldeten, sondern auch der ungezahlte Teil der Annuitäten gestundet werden soll. Das wäre zunächst eine beträchtliche Entlastung unseres Haushaltes und es käme hinzu, daß in dem Feiertagsjahr Maße gegeben wäre, um die

Neuregelung des Reparationsproblems international zu erörtern.

Daß der Young-Plan, so wie er ist, am 1. Juli 1932 wieder in Funktion treten könnte, wird wohl niemand annehmen. Aber auch wenn Hoovers Vorschlag verwirklicht sein wird, bleibt unverändert und bedrohlich wie je die Schicksalsfrage vor uns bestehen: was denn aus eigenen deutschen Kräften und aus eigenem Einfluß unterkommen werden soll, um das Schicksal eines total vertriebenen, feindmörderischen Wirtschaftspolitikers heranzureifen und den brachliegenden Maschinen Antriebe, den sterbenden Händen Arbeit und den unglücklichen Güterbedürftigen zu bringen. Will Hoover wie ohne Hoover werden wir es selbst schaffen müssen. Die Washingtoner Aktion könnte sogar zum wahren Unglück für Deutschland werden, wenn sie die Gemüter einlalle und ihnen fuggierte, jetzt werde schon wieder alles von selbst ins Beliefe kommen. Nichts berechtigt zu dieser Illusion!

Im Zusammenhang mit der Aktion des amerikanischen Präsidenten muß die Rückordnung mit ihren wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen, möglichst bald einer Korrektur unterworfen werden.

deren Wünschen angenommen werden, und er ist an Bedingungen